



## Rede im Bundestag: Selenskyj dankt Deutschland Merz spricht von bewegender Rede - CDU/CSU an der Seite der Ukraine

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat Deutschland persönlich für seine Unterstützung im Krieg gegen den russischen Aggressor gedankt. Im Deutschen Bundestag äußerte Selenskyj die Hoffnung, dass die Ukraine vollwertiges Mitglied des europäischen Sicherheitsraumes werde. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz sprach von einer bewegenden Rede und sicherte zu, dass die Union weiter an der Seite der Ukraine stehe.

Selenskyj besuchte den Bundestag im Zusammenhang mit seiner Teilnahme an der internationalen Wiederaufbaukonferenz für sein Land in Berlin. Diese Konferenz blickt voraus auf die Zeit nach einem Ende des russischen Angriffskrieges, der bereits fast 840 Tage andauert. Selenskyj zeigte sich überzeugt, dass dieser Krieg mit Unterstützung der westlichen Gemeinschaft beendet werden könne – „im Interesse der Ukraine und im Interesse Europas“.

Er müsse aber auch zu ukrainischen Bedingungen beendet werden, fügte der Präsident hinzu. Gerade die



Der ukrainische Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj bei seiner Rede im Bundestag in dieser Woche Foto: DBT/Marc Beckmann

Deutschen verstünden, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer eine Teilung ihres Landes nicht hinnehmen könnten, sagte er: „Das geteilte Europa war niemals friedlich, das geteilte Deutschland war niemals glücklich.“

Der ukrainische Präsident forderte, dass der russische Machthaber Wladimir Putin für den Krieg zur Verantwortung gezogen werde. Es sei das gemeinsa- Seite 2

### Praktikanten aus Kolumbien

Es ist bereits Tradition, dass Praktikanten von der Deutschen Schule in Medellín in Kolumbien ein Praktikum bei Josef Rief im Bundestag absolvieren. In diesem Jahr begleiteten Tomas Gonzalez, Emilia Quiroga und Antonia Montoya Josef Rief bei seiner Arbeit im Bundestag.

Die Deutsche Schule in Medellín wurde vor mehr als 50 Jahren gegründet und ist Teil eines Netzwerks rund 140 deutscher Auslandsschulen weltweit.

Josef Rief freut sich sehr über den Austausch und den hohen Stellenwert, den Deutschland, die deutsche Sprache und Kultur in Kolumbien genießen. Mehr Austausch heißt mehr Verständnis für einander und auch mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Nutzen beider Länder. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## Fortsetzung von Seite 1

me Interesse Europas, dass Putin den Krieg verliere, damit er nicht immer weitermarschiere. Europa müsse ein Raum für den Frieden sein. Und Putin müsse bezahlen für den Schaden, den er angerichtet habe, damit die Ukraine wieder ein normales Leben aufbauen könne.

Die Ukraine ihrerseits wolle der Diplomatie eine Chance geben, sagte Selenskyj mit Blick auf den bevorste-

henden Friedensgipfel in der Schweiz. Russland, obwohl eingeladen, wird daran nicht teilnehmen. Merz hält dies für entlarvend. Beschämend nannte der Fraktionschef das Verhalten von Abgeordneten der AfD und des BSW, die der Rede Selenskyjs im Bundestag fernblieben. Es sei ein „Tiefpunkt“ der politischen Kultur, dass sie dem Staatspräsidenten eines vom Krieg geschundenen Landes den Respekt verweigerten. ■

## Neue Grundsicherung: Arbeit muss sich wieder lohnen - CDU/CSU kritisiert Bürgergeld als Fehlanreiz

Die Zahl der Bürgergeldempfänger hat einen neuen Höchststand erreicht. Im Mai bezogen vier Millionen erwerbsfähige Menschen diese Sozialleistung. Seit 2022, seit das Bürgergeld Hartz IV abgelöst hat, bedeutet dies einen Anstieg von 200.000. Damit ist klar: Das Bürgergeld setzt die falschen Anreize. Arbeit lohnt sich nicht mehr. Gleichzeitig sind 702.000 Stellen offen. Diese Fehlentwicklung kritisierte die CDU/CSU-Fraktion in einer aktuellen Stunde des Bundestages. Angesichts der Zahlen sprach der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Stephan Stracke, von einem Offenbarungseid der Ampel. Nicht nur habe sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen erhöht, ihre Chancen auf Arbeit seien auch gesunken. Die Politik nutze nicht den Menschen, sie schade ihnen.

## Vermittlung in Arbeit muss im Vordergrund stehen

Die Union wirbt stattdessen für das Konzept einer Neuen Grundsicherung, die den Schwerpunkt auf die Vermittlung von Menschen in Arbeit legt. Sozialhilfe sei für diejenigen Menschen da, die wegen einer Erkrankung oder eines Schicksalsschlages nicht arbeiten könnten und der Hilfe des Staates bedürften, betonte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Diejenigen aber, die selbst arbeiten könnten, dürften nicht erwarten, dass andere für sie zahlen.

## Bürgergeld gleicht bedingungslosem Grundeinkommen

Fraktionsvize Mathias Middelberg machte darauf aufmerksam, wie ungerecht die Bürgerinnen und Bürger es fänden, dass Leute, die arbeiten könnten, dies nicht tun und trotzdem über die Runden kämen. „Das Bürgergeld macht es vielen zu einfach, diese Option zu wählen“, kritisierte er. De facto gebe es eine Art Wahlrecht, ob man mit seiner Arbeit den Sozialstaat finanzieren oder ob man lieber Bürgergeld kassieren wolle. Das Bürgergeld sei „so ausgestaltet, dass es zu einem bedingungslosen Grundeinkommen“ geworden sei. „Wir wollen nicht den alimentierenden Staat, sondern den aktivierenden Staat“, betonte Stephan Stracke.

## Job-Turbo für Geflüchtete floppt

Linnemann kritisierte, dass mit der Reform 2022 das Prinzip des Förderns und Forderns ausgehebelt worden sei. Auch gebe es keine Sanktionen für Totalverweigerer, obwohl der Bundesarbeitsminister dies groß angekündigt habe. Auch sein Job-Turbo, der Geflüchtete schnell in Arbeit bringen sollte, sei ein Flopp. So habe im Gebäudereinigerhandwerk, in dem fast 100.000 Stellen unbesetzt seien, keine einzige Person in Arbeit vermittelt werden können. Linnemann erinnerte daran, dass auch im Hotelgewerbe, in der Gastronomie und im Einzelhandel Hunderttausende Fachkräfte fehlen. ■



Die Landwirtschaftspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind zu einem intensiven Gedankenaustausch mit den Landwirtschaftsministern von Hessen und Sachsen-Anhalt sowie Vertretern landwirtschaftlicher Verbände zusammengekommen. Beim Gespräch ging es insbesondere um aktuell dringende erforderliche Maßnahmen zur Entlastung der Landwirtschaft. Foto: MdB Steffen Bilger